

Vorlage Nr. I/223/2010
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Anteilige Finanzierung des JobTickets für die Beschäftigten und Auszubildenden des Magistrats der Stadt Bremerhaven

A Problem

Seit 2007 bietet der Magistrat gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen für seine Beschäftigten und Auszubildenden sowie die des Klinikums Bremerhaven Reinkenheide, des Arbeitsförderungs-Zentrums und der BIS das JobTicket an. Gegenwärtig nutzen rd. 170 der Beschäftigten das JobTicket, so dass ein Rabatt von 10% gegenüber dem regulären JahresTicketPLUS in Anspruch genommen werden kann (mtl. 34,10 € statt 37,90 € bspw. in der Preisstufe I). Da die Nutzerzahl in der Vergangenheit nahezu stagnierte und andere Anreize wie die Übertragbarkeit des Tickets oder eine Reduzierung der zwölfmonatigen Vertragsbindung nach Auskunft des VBN nicht möglich sind, sollten andere Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung erwogen werden. Hinzu kommt, dass die nächste Rabattstufe von 15% bei einer Abnahmemenge von 200 Tickets gilt. Das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide unterstützt den Kauf des JobTickets im Übrigen seit November 2009 mit monatlich 7,- € je Nutzer.

Mit Beschluss vom 13.02.2008 zur Vorlage I/22/2008 („Aktive Umweltpolitik für Bremerhaven“) hat der Magistrat die Umsetzung bzw. Prüfung einer Reihe von Maßnahmen befürwortet, die einen kommunalen Beitrag gegen die Klimaveränderung darstellen. Als Maßnahme für einen ressourcenschonenderen Energieverbrauch der Verwaltungsbediensteten wurde u. a. eine anteilige Finanzierung des JobTickets durch den Magistrat vorgeschlagen. Ziel ist es, dadurch einen zusätzlichen Anreiz zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für die Magistratsbediensteten zu schaffen, dem Klimaschutzgedanken Rechnung zu tragen und ein Zeichen für die „Klimastadt Bremerhaven“ zu setzen.

B Lösung

Zur Steigerung der Attraktivität des JobTickets und als weiterer Beitrag der Verwaltung zur aktiven Umweltpolitik in Bremerhaven beteiligt sich der Magistrat im Jahr 2011 mit 5,- € je Ticket und Monat an den Kosten des JobTickets für seine Beschäftigten und Auszubildenden.

C Alternativen

Verzicht auf die vorgeschlagene Maßnahme

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Ausgehend von derzeit rd. 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Magistrat ohne Klinikum, AFZ und BIS) ergibt sich ein jährlicher Betrag von 6.600 €, der sich um 60 Euro je zusätzlichem Nutzer erhöht. Entsprechende Mittel stehen in der Rücklage „Zentral veranschlagte Personalkosten“ zur Verfügung, die entsprechend gebunden werden sollen.

E Beteiligung

Die Vorlage ist mit dem Amt 11 abgestimmt. Seitens des Amtes 20 werden keine haushaltsrechtlichen Einwände geltend gemacht. Der Gesamtpersonalrat und das Amt 58 wurden über das Vorhaben informiert.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet

G Beschlussvorschlag

Zur Steigerung der Attraktivität des JobTickets und als weiterer Beitrag der Verwaltung zur aktiven Umweltpolitik in Bremerhaven beteiligt sich der Magistrat im Jahr 2011 mit 5,- € je Ticket und Monat an den Kosten des JobTickets für seine Beschäftigten und Auszubildenden.

Schulz
Oberbürgermeister